



Ergebnisse der Befragung der Bürgerinnen und Bürger 2024

Vor einiger Zeit baten wir alle Bürgerinnen und Bürger von Wilhelmsfeld, sich an einer Online-Befragung zu beteiligen. Diese wurde mittlerweile ausgewertet, sodass die Ergebnisse jetzt vorliegen. Klar ist, dass diese nur bedingt repräsentativ sind, wenngleich sie doch einen Trend erkennen lassen.

75% der Befragten sprachen sich für eine Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten und 87,5% für eine Sanierung der Straßen aus. Darüber hinaus wünschten sich einzelne Stimmen beispielsweise eine Verbesserung der Gebührensituation in der Kinderbetreuung oder einen Ausbau der Infrastruktur.

Mit dem Amtsblatt waren 62,5% der Teilnehmenden zufrieden. 37,5% waren der Meinung, dass es als Informationsquelle ungenügend sei, da zu wenig über Gemeindebelange informiert werde. Abgesehen davon wurde kommentiert, dass die Gemeindeverwaltung das Internet zu wenig nutze. Es wurde bemängelt, dass es kein System gebe, um im Vorfeld einer Gemeinderatssitzung die Vorlagen einsehen zu können, um sich damit auseinandersetzen zu können. Kritisiert wurde zudem, dass die Protokolle erst Monate später veröffentlicht würden. Die Kosten für das Amtsblatt wurden ebenfalls moniert. Es wurde vielmehr angeregt, kostenfreie Informationen zur Verfügung zu stellen.

Eine Frage betraf die Situation der medizinischen Versorgung im Ort. Wenig überraschend gaben 91,6% an, dass ihnen ein Ärztehaus sehr wichtig sei. Für 8,3% der Befragten war es immerhin noch wichtig.

Zum Wilhelm gab es eine geteilte Meinung. 50% lesen ihn und halten ihn für informativ. 21% finden ihn eher uninteressant. Kritisiert wurde vor allem, dass er nur mäßig interessant sei, da er lediglich von einer Fraktion herausgegeben werde. Dadurch werde immer nur eine Position beschrieben, wodurch die Pluralität der Gedanken verloren gehe. Damit verbunden war der Appell, mehr Informationsmöglichkeiten zu schaffen. Allerdings ist zu beachten, dass der Wilhelm keine Zeitung im eigentlich Sinn ist. Schöner wäre es natürlich, wenn in der Tagespresse mehr Berichte über Wilhelmsfeld erscheinen würden, sodass der Wilhelm gar nicht notwendig wäre. Das ist allerdings keine Medienkritik. Sondern es geht vielmehr darum, dass es genügend Abonnenten geben müsste, die auch bereit wären, für diese Dienstleistung etwas zu bezahlen.

Wie zu erwarten waren 67% mit dem jetzigen Angebot bei der Versorgung mit Produkten des täglichen Bedarfs (zum Beispiel Lebensmittel und Postdienstleistungen) unzufrieden. Immerhin 79% würden bei einer Verbesserung der Situation im Ort einkaufen. 8% der Befragten möchten grundsätzlich außerhalb einkaufen. In diesem Zusammenhang wurde angeregt, ökonomische Modelle jenseits des üblichen stationären Einzelhandels zu schaffen. Dieser Ansatz wird von uns grundsätzlich befürwortet, weshalb wir bereits vor fünf Jahren eine entsprechende Debatte im Wilhelm angeregt haben.

Bei der Frage zum ÖPNV in Zeiten des Deutschlandtickets zeigte sich, dass 42% diesen gelegentlich, 13% regelmäßig und viele gar nicht nutzen. Einzelne Befragte gaben in diesen Zusammenhang an,

dass sie sich eine bessere Berücksichtigung der Schulzeiten wünschten (Lücke zwischen 7.10 und 8.35 Uhr Richtung Heidelberg). Hier möchten wir daran erinnern, dass wir bereits im Mai 2021 im Amtsblatt alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufriefen, uns mitzuteilen, wo beim ÖPNV der Schuh drückt. Leider gab es damals kaum Resonanz zu diesem Aufruf. Dennoch scheint es hier einen Veränderungsbedarf zu geben, wie die aktuelle Befragung gezeigt hat.

Die Anträge der Freien Wähler im Jahr 2023 wurden durchweg positiv gewertet (Zustimmung von 72 bzw. 66%). Die Initiative des Gemeinderats zur Einführung von Tempo 30 fanden 62% sehr gut und 25% gut. Natürlich gab es auch ablehnende Haltungen. Sicherlich ist es für all diejenigen, die die Johann-Wilhelm-Straße nur als Durchfahrtsstraße nutzen, eine Verschlechterung der Situation. Für die Anwohner, für die die Initiative ursprünglich gestartet wurde, hat sich die Lage allerdings deutlich verbessert.

Abschließend sei nochmals betont, dass diese Befragung sicherlich nur einen kleinen Einblick in die Situation vor Ort geben konnte. Dennoch möchten wir sie in zwei, drei Jahren wiederholen um ein kontinuierliches Stimmungsbild der Bevölkerung einzufangen, in welche Richtung Kommunalpolitik denken muss.

14.04.2024